

26. Versorgungsgrundlagen erhalten - Langfristiger Erhalt von Drainagen in landwirtschaftlichen Böden

Parlamentarische Initiative Paul Mayer (SVP, Marthalen), Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Erich Vontobel (EDU, Bubikon) vom 11. Juli 2022

KR-Nr. 243/2022

Ordnungsantrag

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Versorgungssicherheit ist ja nicht irgendein Thema, das ist ein Thema, das uns alle angeht. Und so möchte ich auch, dass alle sprechen können zu diesem Thema, und beantrage deshalb eine Kurzdebatte.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die parlamentarische Initiative in Kurzdebatte zu behandeln

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das heisst, Sie haben alle zwei Minuten Redezeit. Nur der Erstunterzeichner hat zehn Minuten.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Ich deklariere, dass ich auf einem Bauernhof in Marthalen aufgewachsen bin. Nun, 78,7 Prozent des Schweizer Volkes nahm am 24. September 2017 den Verfassungsartikel 104a an. Was will dieser? Eine Ernährungssicherheit, die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes. Aus diesem Grund soll eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen erfolgen. Neu wird der Paragraph 36b ergänzt: Als Landwirtschaftszonen sind nach Bedarf Flächen auszuscheiden, die sich für landwirtschaftliche Nutzung eignen oder im Gesamtinteresse landwirtschaftlich genutzt werden sollen. Folgende Eigenschaften der Flächen sind zwingend zu erhalten: Systemisch entwässerte landwirtschaftlichen Nutzflächen sind in ihrer Fähigkeit zur Nahrungsmittelproduktion zu erhalten und der langfristige Werterhalt der Drainagesysteme ist zwingend.

70 Prozent der bearbeiteten landwirtschaftlichen Flächen in der Schweiz sind Weideland. Auf den restlichen 30 Prozent produzieren wir Weizen, Gerste, Kartoffeln, Gemüse und so weiter. Die aktuellen Ereignisse rund um den Ukraine-Krieg, aber auch die Dürren in Italien oder anderen Weltgegenden zeigen deutlich, dass fruchtbare Böden entscheidend für die Versorgung sind. In seiner Antwort auf die Anfrage 83/2022, «Beitrag vom Kanton Zürich zur Versorgungssicherheit», rechnet der Regierungsrat mit einer Verknappung der Lebensmittel. So schreibt er: «Es wird deshalb befürchtet, dass der Krieg je nach Ausprägung und Dauer zu Hungersnöten in einzelnen, besonders verletzlichen Regionen der Welt führen kann. Zudem können hohe Brotpreise auch soziale Unruhen auslösen. Die Weltgemeinschaft ist gefordert, ihre Anstrengungen zur Unterstützung betroffener Länder entsprechend zu verstärken, um Hunger zu vermeiden.»

Doch was tut der Kanton Zürich bis jetzt? Er plant, an die 1300 Hektaren landwirtschaftliche Nutzfläche, die bereits als Potenzialflächen für Feuchtgebiete ausgedehnt wurden – notabene, ohne die Landbesitzer zu informieren –, um sie wieder zu vernässen, also versumpfen zu lassen. Mit Blick auf die Situation und die künftigen Risiken sind nun aber wieder andere Prioritäten zu setzen als noch vor fünf Jahren. Zuerst muss der Kanton Zürich für die Bevölkerung die langfristige Versorgungssicherheit gewährleisten. Speziell die 44'000 Hektaren Fruchtfolgeflächen dürfen nicht reduziert werden. Aber auch die restlichen Landwirtschaftsflächen sind zu erhalten. 14'400 Hektaren von den heute 73'000 Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche im Kanton Zürich sind systemisch entwässert, also rund 20 Prozent. Auf diesen Flächen wird immer noch ein markanter Anteil unserer Nahrungsmittel produziert. Der Erhalt der Fruchtbarkeit dieser Böden ist daher mit Blick auf die Zukunft sehr wichtig. Von zentraler Bedeutung sind da die Drainagen, welche die Entwässerung der Böden sicherstellen. Dieses Werk unserer Vorfahren gilt es unbedingt zu erhalten. Das Anlegen von Feuchtgebieten muss mit Augenmass vorgenommen werden auf dafür geeigneten Flächen, jedoch nicht auf Kosten der Produktionsgrundlagen. In diesem Sinne sollen die bereits geschützten Fruchtfolgeflächen noch speziell vor der Verwässerung bewahrt werden und darüber hinaus aber die gesamten Landwirtschaftsflächen, um Bonitierungen auf Kosten der Produktionsgrundlagen zu vermeiden. Wir brauchen mehr Zeit. Wir können die Welt nicht mit der Brechstange auf Kosten von verhungerten Menschen verändern. Schauen Sie, was alles läuft und was für innovative Unternehmen es in der Landwirtschaft gibt. Ich denke da an eine Sativa in Rheinau (*Saatgutbetrieb*), wo mit Erfolg versucht wird, neue Sorten von zum Beispiel Tomaten oder Zwiebeln zu entwickeln, die keine Chemie mehr brauchen. Die Landwirtschaft forscht und arbeitet mit Hochdruck an neuen Sorten, damit wir alle gute Produkte erhalten, die mit den möglichst wenigen Hilfsstoffen auskommen, damit die Natur intakt bleibt. Aber für solche Veränderungen brauchen Sie mehrere Jahre, bis das gewünschte Resultat in die landwirtschaftliche Produktion gehen kann. Alle, die hier für eine Verwässerung der Böden stimmen, sagen damit indirekt, man solle es (*die Lebensmittel*) den armen Ländern wegnehmen. Sie hier in der Schweiz essen vielleicht teurer, dafür verhungern andere in armen Regionen. Sie alle werden mitverantwortlich sein, dass zusätzlich Regenwald abgeholzt wird. Sie alle hier haben eine Mitverantwortung.

Fazit: wir brauchen die Ernährungssicherheit. Wir brauchen Zeit, um Naturschutzanliegen mit einzubinden. Nochmals: Wir brauchen mehr Zeit. Die Erhaltung der Drainageleitungen ist dazu zwingend. Unterstützen Sie diese PI. Unterstützen Sie die Ernährungssicherheit im Kanton Zürich und der Schweiz und unterstützen Sie diese, damit wir den Armen nicht noch mehr wegnehmen. Vielen Dank.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Unsere Vorfahren haben sich damals etwas einfallen lassen, als die Versorgungssicherheit im Bereich von Nahrungsmitteln gefährdet war. Sie haben Feuchtgebiete entwässert, um landwirtschaftliches Kulturland zu gewinnen. Rückblickend darf man feststellen, dass dies ein sehr weiser

Beschluss war, denn alles was dazu beiträgt, den Selbstversorgungsgrad unseres Landes zu erhöhen und riskante Abhängigkeiten zu verringern, ist sinnvoll, weil man sonst – die letzten Monate und Jahre haben das deutlich gezeigt – dem Ausland auf Gedeih und Verderben ausgeliefert ist. In friedlichen Zeiten ist alles kein Problem. In Krisenzeiten können aber Versorgungsabhängigkeiten unangenehm und sogar bedrohlich werden. Und – das haben wir in den letzten zwei bis drei Jahren erlebt – sie können als politisches Druckmittel missbraucht werden. An das Gute im Menschen zu glauben, scheint auf den ersten Blick eine edle Tugend zu sein. Es ist aber einfach nur naiv und dumm. In besonderen Situationen ist sich jeder selbst Nächste. Dann schaut jeder zuerst mal für sich selbst, selbst Verträge verkommen dann zur Makulatur. In der heutigen geopolitischen Situation landwirtschaftliche Nutzflächen aufzugeben, indem man sie vernässen lässt, ist unverantwortlich. Bei allem Respekt vor Fröschen und Insekten, die Versorgungssicherheit geht vor. Wir können nicht einerseits dem Bevölkerungswachstum in der Schweiz tatenlos zusehen und andererseits die Lebensgrundlage für genau diese Bevölkerung aus vordergründig naturschützerischen Gründen gezielt abbauen. Naturschutz kommt in einer ohnehin bereits überbevölkerten Schweiz dort an die Grenzen, wo in letzter Konsequenz Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden. Ja, ich glaube, die Redezeit ist um.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ja, das ist so mit den zwei Minuten, Herr Vontobel, genau.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Ich zitiere gleich zu Beginn folgende Aussage der Initianten: «Speziell die 44'000 Hektaren Fruchtfolgeflächen dürfen nicht reduziert werden, aber auch die restlichen Landwirtschaftsflächen sind zu erhalten.» Nun gut, eine Frage sei hier gleichwohl erlaubt: Wo war eigentlich die SVP, als wir Grünen (*mit einer Volksinitiative*) für den Erhalt der Kulturlandschaft im Kanton Zürich kämpften? Sie wurde von der SVP noch massiv bekämpft, auch von den bäuerlichen Vertretern der SVP. Gemeinsam mit dem Zürcher Bauernverband haben wir uns gegen Golfplätze in Niederhasli und Wädenswil, im unteren Säuliamt et cetera gewehrt. Dort hatten wir die SVP in der Regel gegen uns. Und nun? Mit den Geschehnissen in der Ukraine (*Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine*) – abenteuerlicher geht es nicht mehr – sehen Sie eine Ernährungskrise in der Schweiz. Ich glaube nicht, dass wir zu wenig Essen auf dem Teller haben werden. Die Sache mit der Drainage ist ein hausgemachtes Debakel. Die meisten Drainagen wurden vor rund 80 Jahren gebaut, um mehr Ackerbau betreiben zu können, aber an vielen Orten wird schlicht und einfach die Wartung der Drainagen vernachlässigt und mit den schweren Landmaschinen sogar zerstört. Es liegt grundsätzlich in der Verantwortung der Grundeigentümer, dass die Drainagen ordnungsgemäss unterhalten werden. Bei diesem Vorstoss geht es einfach um ein Gebiet in Gossau – Punkt. Hier will man Flächen der Biodiversität entziehen. Die Abteilung Landwirtschaft hat einen Plan publiziert, wo alle Moorrückführungsflächen bezeichnet sind. Die konkrete Auswirkung ist einzig die, dass auf diesen

Flächen der Kanton keine Subventionen mehr an Drainagen bezahlt. Ganz grundsätzlich stellt sich aber schon die Frage, wieso der Kanton überhaupt noch Drainagen zahlt, denn es heisst noch lange nicht, dass dort dann auch wirklich wieder Moorflächen entstehen. Danke.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Als Vertreter eines stark betroffenen Gebietes im Zürcher Oberland, wo von diesen 1300 Hektaren die im gesamten Kanton vernässt werden sollen, an die 100 Hektaren in der Gemeinde Gossau liegen, weitere 100 Hektaren im restlichen Bezirk Hinwil, muss ich da den Aussagen von Edith Häusler schon widersprechen. Das ist nicht ein Problem nur von uns und nur auf uns begrenzt, sondern es ist im Volumen wirklich eine Gefährdung unserer Versorgungsgrundlagen. Und hier Dank an all jene, die sich in den letzten 100 Jahren für diese Grundlagen eingesetzt haben, durch das Bevölkerungswachstum und die aktuellen Entwicklungen nimmt das Thema «Versorgungsgrundlagen» sicher wieder einen wichtigen Platz auch im Bewusstsein ein. Und das Einzige, was wir wollen, ist der nötige Respekt gegenüber den Landbesitzern, die diese Drainagen unterhalten, zusammen mit der Flurgenossenschaft oder anderen Körperschaften und gegenüber künftigen Generationen.

Wir wollen auch ermöglichen, dass wir das Artensterben stoppen können und dass wir Natur und Produktion zusammenführen können, doch mit dem nötigen Respekt vor der Zukunft. Und einfach Land einzuzonen, ohne die Eigentümerinnen und Eigentümer zu verständigen, die das dann auf dem GIS (*Geografisches Informationssystem*) finden, das geht einfach nicht. Hier müssen wir ein Zeichen setzen, dass wir die künftigen Versorgungsgrundlagen erhalten wollen, dies ernst nehmen, aber auch neue Wege gehen in Ökologie und Naturschutz. Deshalb stimmen Sie dieser PI zu. Danke vielmals.

Martin Farner-Brandenberger (FDP, Stammheim): Qualitativ hochstehende Biodiversitätsflächen sollen gewährleistet werden, jedoch ohne dass die Böden mittel- und langfristig für die Produktion unbrauchbar gemacht werden. Das sage ich Ihnen selber als Bioproduzent. Die Geschichte lehrt uns, dass in Notsituationen genügend Flächen aktiviert werden müssen, auf denen Nahrungsmittel für die Bevölkerung produziert werden können. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion Mitte des letzten Jahrhunderts war nötig, um die Bevölkerung auch in Krisensituationen ausreichend zu ernähren. Die Bevölkerung ist stark gewachsen und dadurch wurde viel fruchtbarer Boden durch Siedlungen und Verkehrsinfrastruktur unwiderruflich zerstört. Es ist deshalb wichtig, dass die verbleibenden gewachsenen Böden uneingeschränkt erhalten bleiben, damit sie mindestens in Krisensituationen für die Produktion erhalten bleiben. Dann sind wir auf fruchtbare, funktionierende Böden angewiesen. Die Landwirtschaft wehrt sich nicht per se gegen Extensivierung, zum Beispiel für Vernetzungsflächen oder Biodiversitätsflächen. Das zeigen die Zürcher Bauern, die anstelle von 7 Prozent bereits freiwillig 15 Prozent Biodiversitätsflächen ausgeschieden haben. Sie nehmen ihre

Verantwortung für die Aufgabe wahr. Der Boden muss nach seiner Funktion gewichtet werden. Die PI der Traktanden 26 und 27 (*KR-Nrn. 243/2022 und 244/2022*) werden von der FDP klar unterstützt, machen Sie das Gleiche. Danke.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Diese PI möchte bewirken, dass Landwirtschaftsflächen ihre Fähigkeit zur Nahrungsmittelproduktion zwingend erhalten sollen, sprich alle Drainagen sollen langfristig erhalten bleiben.

Nun, die Nahrungsmittelsicherheit sorgt für politischen Wirbel. Die Nutzung von Flächen zugunsten der Landwirtschaft wird der Nutzung von Flächen, die dem Naturschutz dienen, gegenübergestellt. Heute wird in der Landwirtschaft die Produktion nur zu zwei Dritteln verwertet. Man stelle sich vor: 30 Prozent der Ernte landet auf dem Kompost. Wenn die Lebensmittelbranche nun vermehrt auch die krummen Rüebli abnimmt, dann hätten wir schon einiges für die Lebensmittelsicherheit getan.

Die Förderung der Biodiversität ist ein enorm wichtiges Thema, das unsere Lebensgrundlage schützt und das Gleichgewicht in der Natur erhält. Wer am Naturschutz herumschrauben will, hat das nicht zu Ende gedacht. Zudem werden durch Drainagen Pestizide und ihre Abbauprodukte in die Gewässer eingeleitet, eine zusätzliche Belastung. Kurz: Eine Schwächung des Naturschutzes ist nicht verhältnismässig, denn die Auswirkungen auf die Natur führen früher oder später aber sowieso zu teuren Anpassungen. Die PI verlangt eine Instandsetzung aller Drainagen, um alle Landwirtschaftsflächen zu erhalten. Bei allem Respekt, in dieser absoluten Formulierung unterstützen wir die PI nicht. An gewissen Orten soll die Landwirtschaft Vorrang haben. Es gibt aber auch Flächen, die für den Naturschutz und die Biodiversität wieder vernetzt werden müssen. Der Kanton hat bereits festgelegt, welche Drainagen erhalten werden sollen und welche nicht. An diesem Vorgehen soll festgehalten werden.

Die Grünliberalen werden diese PI nicht vorläufig unterstützen.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Um es vorwegzunehmen, die Mitte-Fraktion wird auf meinen Antrag hin die Initiative vorläufig unterstützen, und zwar aus dem Grund – wir haben es schon mehrfach gehört –, dass der Schutz von landwirtschaftlichen Böden sowohl in der Quantität als auch in der Qualität absolut hohe Priorität hat. Und auch ich als neuer Demeter-Bauer brauche Böden. Auch ich brauche Flächen, quantitativ, brauche aber auch qualitativ gute Böden. Und in Sachen Biodiversität brauche ich auch nicht weitere Belehrungen, das hat auf unserem Betrieb – Sie können sich gern davon überzeugen – ebenfalls absolut höchste Priorität. Wir werden also den Vorstoss vorläufig unterstützen, im Wissen natürlich – und da gebe ich den Kritikern sogar zum Teil recht –, dass der Vorstoss einige handwerkliche Mängel hat, und zwar aus zwei Gründen, einerseits agronomischen: Aus agronomischer Sicht kann der Vorstoss so nicht umgesetzt werden, es muss zwingend nachgebessert werden, dessen bin ich mir bewusst. Es gibt tatsächlich Flächen – ich bewirtschaftete auch solche –, wo man Drainagen im guten Sinn gemacht hat. Man hat dann aber mit den Jahren, mit den Jahrzehnten gemerkt, dass es dort, auf bestimmten Flächen keinen Sinn macht. Und man hat dann

die Drainagen halt langsam nicht mehr unterhalten, weil man dort keinen Ackerbau betreiben kann und es sich für den Futteranbau einfach nicht lohnt, diese Drainagen zu erhalten. Aber das sind relativ wenige Flächen und auf vielen Flächen macht es sehr wohl immer noch Sinn und wir müssen diese Grundlagen so auch erhalten. Aber es muss – und da kommen wir zum zweiten Argument ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Als EVP anerkennen wir den Versorgungsauftrag der Landwirtschaft und schätzen den Beitrag zur Ernährung der Bevölkerung. Wir sind der Überzeugung, dass wir auch in der aktuellen Lage genügend produktive Landwirtschaftsfläche haben, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Es ist uns wichtig, Moorlandschaften zu erhalten und, wenn notwendig, zu erweitern, denn die Biodiversität ist von hohem Wert und muss in den kommenden Jahren gestärkt werden.

Für uns als EVP sind die klimatischen Herausforderungen eminent und stehen so sehr weit oben auf der Liste der Aufgaben, die es zu bewältigen gibt. Deshalb wollen wir uns die Optionen offenhalten und lehnen die PI ab.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird – ich spreche zu beiden PI, sie sind ähnlich aufgebaut – beide PI nicht unterstützen, und zwar, weil diese beiden PI sehr polemisch sind. Der Kanton Zürich wird als böser Landvogt dargestellt, der die armen Bauern mit Naturschutzgebieten und Sumpfgebieten schikaniert. Das ist wirklich sehr unseriös. Vorhin hat auch Konrad Langhart dazu gesprochen. Ich möchte mich nicht wiederholen, aber auch er hat festgestellt, dass diese beiden PI handwerkliche Schwächen haben und nicht unbedingt sehr zielführend sind. Und ich möchte auch noch sagen: Nicht alle Bauern sind Demeter-Bauern, denn Demeter-Bauern haben wirklich ein anderes Landverständnis als, sagen wir, die industriellen Bauern, das heisst, diese fördern nicht so die Biodiversität. Und Biodiversität und gute Naturschutzgebiete sind wichtig für unsere Gesellschaft.

Es gibt auch ein Instrument seit 2020, nämlich der Sachplan Fruchtfolgeflächen. Auch der Kanton Zürich ist da gefordert und muss ein gewisses Kontingent einhalten, darf dieses also auch nicht abbauen. Das sind diese 44'000 Hektaren Fruchtfolgeflächen, die absolut gesichert werden müssen. Es ist ein wirklich ein neues Instrument, das der Bund eingeführt hat und das wahrscheinlich gegen den Abbau von wertvollen Landwirtschaftsflächen ziemlich hilfreich ist.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Zur SVP: Nur um Zeit zu gewinnen, können wir nicht Drainagen erneuern und dürfen wir nicht biodiversitätsschädigende Subventionen sprechen. «Versorgungsgrundlagen erhalten» tönt scheinheilig. Ich brauche dieses Wort, das wir heute Morgen schon einmal gehört haben von Michèle Dünki (*im Zusammenhang mit der Beratung von KR-Nr. 182/2022*). Der weitere Erhalt von Drainage-Systemen muss abgewogen werden, da stimme ich der FDP zu.

Die SP lehnt die PI ab. Als «Melioration» wurden ursprünglich alle Massnahmen zur Bodenverbesserung bezeichnet. Was heisst «Bodenverbesserung» heute in der aktuellen Klimakrise? Es heisst sicher nicht, so schnell wie möglich «Wasser s'Loch ablaa». Hitzeperioden werden uns Dürreprobleme bescheren. In der gravierenden Biodiversitätskrise heisst es sicher nicht mehr, die Umwelt in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen. Ertragssteigerung war einmal wichtig in Zeiten von Hungerkrisen. Melioration muss neu auch den Schutz der Umwelt beinhalten. «Versorgungsgrundlagen erhalten» ist ein scheinheiliger Frontalangriff auf die Biodiversität. Aktuell ist das Problem der Biodiversitätskrise um ein Vielfaches grösser als die Ernährungssicherheit. Wenn sich die Initianten der PI wirklich für Ernährungssicherheit starkmachen wollen, dann sollen sie sich für mehr Primärkalorienproduktion, weniger Tierhaltung – das haben wir von der GLP gehört –, mehr vegetarische Ernährung und weniger Foodwaste einsetzen. Unterstützen Sie die PI nicht.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin aus Gossau, Gemeinderätin und Bäuerin. Einfach zur Sicherheit: Unser Betrieb ist nicht betroffen von diesen BFF-Ausscheidungen (*Biodiversitätsförderflächen*).

Ich möchte auf zwei, drei Sachen eine Replik machen. Auch eine Tatsache: Gossau hat riesige Flächen an drainiertem Land, riesige Flächen, und noch nie – noch nie! – nur einen Franken zum Unterhalt vom Kanton erhalten. Das machen die Landwirte selber. Die Flurgenossenschaft ist dafür verantwortlich, einfach um das richtigzustellen. Dann möchte ich auch dazu sagen: Die Biodiversitätsflächen und die drainierten Flächen, wenn man diese auf den Karten übereinander hält, dann sieht man, dass die Fruchtfolgeflächen an die Seite gedrängt werden. Ich kann euch das am Beispiel von Gossau sagen: Die Fruchtfolgeflächen sind nun nun an den Hängen. Die Hänge soll man ackern, an den Hängen soll man mit dem Mährescher fahren, wenn 20 Zentimeter unter der Grasnarbe Fels ist. Ja zum Donner, wie sollen wir hier Ackerbau betreiben? Das geht einfach so nicht. Und darum nochmals: In der jetzigen Situation Land darf man fruchtbarstes Land einfach nicht vernässen lassen; und ich rede nur von den fruchtbarsten Böden, es gibt durchaus Gebiete, bei denen es sinnvoll ist, sie vernässen zu lassen, aber ich rede nur von den fruchtbarsten Böden. Darum unterstütze ich diesen Antrag. Danke.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich unterstütze den Vorstoss. Der grosse Gegensatz ist nicht zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, sondern der Gegensatz ist zwischen völlig unkontrollierter beliebiger Zuwanderung in die Schweiz und Landwirtschaft, Zuwanderung, die dann auch auslöst, dass man eine Bauordnung nach der anderen anpasst, damit immer mehr landwirtschaftliches Land beliebig überbaut werden kann. Das ist eine Entwicklung, die niemandem in der Schweiz sinnvoll dient, und wir sollten uns auch nicht einfach immer darauf verlassen, dass wir ja mit unserem gutverdienten Geld alles einkaufen können. Das ist falsch. Wir können nicht alles einkaufen. Wir können auch nicht alle unserer

Lebensmittel produzieren. Aber was jetzt landwirtschaftliche Fläche ist, sollte als Minimum erhalten werden. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Ich mache eine kurze Replik auf verschiedene Aussagen. Die Sprecherin der Grünen hat der parlamentarischen Initiative unterstellt, dass sie eine Schwächung des Naturschutzes will. Das will sie selbstverständlich nicht, sondern es geht einfach darum, dass diese Flächen, die drainiert sind, nicht einfach zusätzliche Naturschutzflächen werden sollen, damit diese Flächen der Produktion erhalten bleiben.

Und der EVP möchte ich dann auch noch in Erinnerung rufen: Erst kürzlich wurde eine Anfrage (KR-Nr. 79/2022) eingereicht, die monierte, dass nur 50 Prozent der Lebensmittel in der Schweiz selber produziert werden können und fragt, was die Regierung unternehmen will, damit dieser Anteil gesteigert werden kann. Und ich kann Ihnen natürlich sagen: Dieser Anteil kann sicher nicht gesteigert werden, wenn wir grosse Flächen, die heute noch mit Drainagen versehen sind, versumpfen wollen.

Und die AL hat unterstellt, der Vorstoss sei polemisch, unseriös und nicht zielführend. Das Gegenteil ist der Fall. Und selbst Demeter-Bauern unterstützen diese Forderungen, das kann ich Ihnen auch sagen. Und zur Fruchtfolgefläche muss ich erwähnen: Wir haben neustens den Sachplan Fruchtfolgeflächen, das ist richtig, Frau Stofer, er wurde neu erarbeitet. Und gemäss diesen Richtlinien haben wir neu zwischen 500 und 1005 Hektaren zu wenig Fruchtfolgeflächen. Und zum Schluss: Es ist kein Angriff auf die Versorgungsgrundlage und es ist kein Angriff auf die Biodiversität, sondern es ist eben ein Sich-Einsetzen für unsere Versorgungsgrundlage. Wir brauchen genügend Fläche, um unsere Lebensmittel selber zu produzieren. Danke vielmals.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Der Erhalt von landwirtschaftlicher Fläche ist ja ein allgemein akzeptiertes Anliegen, auch die Grünen setzen sich sehr dafür ein. Ich freue mich, dass sich jetzt die Bürgerlichen auch so sehr dazu bekennen. Nach allem, was man gehört hat, dürfte sich eine Kommission mit diesem Vorstoss befassen, und ich wünsche mir einfach, dass der wichtigste Faktor dann dort auch zur Sprache kommt, Martin Farner hat ihn schon angesprochen: Sehr viel Kulturland wurde durch Überbauung zerstört, und es gibt leider auch heute noch sehr viele überdimensionierte Bauzonen im Kanton, Bauzonen an Orten, wo man aus raumplanerischer Sicht wirklich nicht bauen sollte. Auf der anderen Seite sind die Naturschutzflächen im Kanton ganz sicher nicht überdimensioniert. Also das wäre doch einfach schön, wenn das dann beachtet würde. Man will sicher nicht den ganzen Kanton zu Naturschutzfläche machen, das hat auch gar niemand vor. Aber die Naturschutzflächen sind im heutigen Stand ganz sicher nicht so gross.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Um die Biodiversität im Kanton Zürich zu erhalten, braucht es mehr Fläche als heute, das ist ein Fakt. Wir müssen eine ökologische Infrastruktur installieren. Das ist ein Auftrag, den wir auch vom Bund

bekommen haben, und diesem Auftrag müssen wir nachkommen. Um eine biologische Infrastruktur zu installieren, müssen wir Flächen wählen, die ein hohes Potenzial haben, um Biodiversität herzustellen. Darunter werden auch nasse Flächen fallen. Deshalb ist es nicht möglich, dem hier nachzukommen und alle Drainagen zu erhalten. Denn es gibt Flächen mit einem sehr hohen Potenzial, das für den Naturschutz genutzt werden muss. Und um die Ernährungssicherheit zu erhalten und der Klimakrise entgegenzuwirken, müssen wir darauf verzichten, so viel tierische Produkte zu verzehren, und müssen in der Schweiz weniger Tierfutter anbauen und auch weniger importieren. Das würde unserer Stickstoffbilanz helfen, was auch wieder der Biodiversität zuträglich wäre. Danke.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte auch noch ein paar Sachen richtigstellen, und zwar wurde angesprochen, dass wir da jetzt tierische Produkte reduzieren sollen. Sie vermischen da mehr als nur Äpfel und Birnen, das hat überhaupt nichts damit zu tun, definitiv nicht. Wir wollen die Grundlage dafür erhalten, und zwar die Grundlage der besten Flächen. Wir haben 44'000 Hektaren, das ist das Kontingent der Fruchtfolgefläche, die wir haben sollten. Leider haben wir es nicht mehr, wir haben es gehört. Kommt noch dazu, dass ein Teil dieser Fruchtfolgeflächen eigentlich an den Hängen oben ist – das wurde auch genannt –, die stark erosionsgefährdet sind. Dort sollte man eigentlich keinen Ackerbau betreiben. Es bleiben die ebenen Flächen, und genau da sind von diesen 44'000 Hektaren 12'000 – lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen – 12'000 Hektaren sind drainierte Böden, drainierte Fruchtfolgeflächen, und um diese geht es. Und darauf wird kein Tierfutter produziert. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, sonst können Sie gleich die Ernährungspyramide auch noch im PBG (*Planungs- und Baugesetz*) diskutieren. Lassen Sie uns das an einem anderen Ort diskutieren. Diese 12'000 Hektaren müssen wir erhalten. Die gesetzliche Grundlage dafür haben wir, die ist nämlich im Zürcher Landwirtschaftsgesetz, Paragraph 45 und folgende. Aber wir müssen sie nun eben auch schützen. Stimmen Sie daher dieser PI zu.

Gerne gebe ich auch noch meine persönliche Interessenbindung bekannt: Ich bin auch Landwirt. Wir haben auch drainierte Flächen, auch Fruchtfolgeflächen, die drainiert sind, und genau darum geht es. Wir haben übrigens aber auch 12 Prozent Biodiversitätsförderflächen und da sind wir schon weit über dem Schnitt. Und noch ein Problem: Wir können nicht alles im Kanton Zürich lösen. Mehr Leute und die gesamte Biodiversität, das ist ein Zielkonflikt, den wir angehen müssen. Die Fruchtfolgeflächen müssen wir erhalten. Herzlichen Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es kommen jetzt noch die Zweitsprechenden. Kommen Sie doch nach vorn, wir müssen ja effizient sein, habe ich heute (*bei der Beratung von KR-Nr. 182/2022*) gehört (*Heiterkeit*).

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Ich bin schon da, wenn schon zwei Minuten superkurz sind. Ich möchte nur noch fertig machen und sagen, es wurde jetzt auch mehrfach erwähnt: Ohne Biodiversität keine Landwirt-

schaft. Es ist einfach beides wichtig. Und bei allem Verständnis, ich habe Verständnis für Ihr Anliegen, die Fruchtfolgeflächen zu erhalten – wer, wenn nicht wir? –, aber dann seien Sie bitte auch konsequent, und das sind Sie eben dann auch wieder nicht. Gerade letztes Frühjahr hätten Sie im Bezirk Horgen 13 Hektaren Land retten können, aber da hatte man wieder alle möglichen Ausreden. Diese Initiative geht uns zu weit, aber wir bieten Hand für Diskussionen, auch wenn wir sie jetzt ablehnen. Besten Dank.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim) spricht zum zweiten Mal: Das ist ja genau der Punkt, auch wir wollen eine sachliche Diskussion, die wird heute wahrscheinlich jetzt nicht mehr so der Fall sein. Aber das Ziel ist, dass der Kantonsrat nach der Beratung in der Kommission einen Vorschlag auf dem Tisch hat, der wirklich dann auch «verhebet». Und da wird auch die Mitte ihren Beitrag dazu leisten. Ich wollte mich eigentlich nur noch gegen den Vorwurf verwahren – ich habe diese Initiative ja nicht mitunterzeichnet, weil sie eben gewisse Mängel hat, das stimmt schon –, dass sie polemisch sei. Dass sie polemisch sei und was ich sonst noch gehört habe, das muss ich wirklich zurückweisen. Denn das Anliegen ist im Grundsatz sehr berechtigt. Die meisten Flächen, die heute entwässert werden, die sollen auch in Zukunft entwässert werden, aber es gibt Flächen, da macht es keinen Sinn, ich habe es vorhin schon gesagt. Und damit kommen wir eben zum zweiten Punkt des Referates, das ich vorhin gehalten habe, zur Eigentums-garantie. Also wer seine Flächen ziemlich gut einschätzen kann, ist nämlich der Bauer selber. Und wenn er das Gefühl hat, er will dies oder das machen, dann sollte man ihn mindestens beiziehen und auch mitentscheiden lassen, das ist nämlich der Punkt.

Klar, heute werden wir eine vorläufige Unterstützung hinkriegen, keine Mehrheit, aber jetzt sind ja dann bald Wahlen und dann wird die Mitte eine Koalition der Vernunft anführen (*Heiterkeit*) und dann werden wir einer praxistauglichen Lösung auch in diesem Bereich, im Landwirtschaftsbereich, zum Durchbruch ver-helfen. Besten Dank.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon) spricht zum zweiten Mal: Stellen Sie sich vor, was passiert, wenn die Lebensmittel in der Schweiz wirklich einmal sehr knapp werden sollten. Dann würden wir mit Meutereien und weiteren kriminellen Akti-vitäten rechnen müssen. Sie glauben vielleicht, dass ich übertreibe. Ich habe im vergangenen Jahr in den Medien gelesen, dass die Polizei vor dem Hintergrund eines möglichen Stromblackouts aufrüstet, um die öffentliche Sicherheit im Extremfall gewährleisten zu können. Stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn einmal das Essen sehr knapp werden sollte. Wer einigermaßen denken kann, trifft in angespannten Zeiten Vorkehrungen, damit wenigstens der Super-GAU abge-wendet werden kann. Und gerade der Staat müsste hier vorbildlich handeln und Verantwortung übernehmen. In solchen Zeiten ist nicht ideologische Politik von Linksgrün gefragt, sondern das Übernehmen von Verantwortung für die Absiche-rung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Unterstützen Sie deshalb diese PI und sorgen Sie dafür, dass die Drainagen nicht bewusst aufgegeben werden. Die

heutigen landwirtschaftlichen Nutzflächen müssen unbedingt erhalten bleiben. Danke.

Paul Mayer (SVP, Marthalen) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch eine Replik geben auf Edith Häusler. Sie glaubt nicht, dass wir zu wenig zu essen haben. Frau Häusler, wir haben eine Ernährungssicherheit von 52 Prozent, wahrscheinlich die 200'000 neu Eingewanderten nicht mit eingerechnet. Auf 1300 Hektaren können Sie zum Beispiel Kartoffeln pflanzen. Von einer Hektare gibt es 43 Tonnen. Auf die 1300 Hektaren aufgerechnet sind das 55,9 Millionen Kilogramm Kartoffeln. Würde man allen Zürcherinnen und Zürchern 1 Kilogramm jeden Tag abgeben, könnte man das 35 Tage lang machen. Wenn wir es auf einen Kalorienverbrauch von 2000 Kalorien rechnen, sind es noch 14 Tage oder für die 200'000 Zugewanderten wären es nur 112 Tage, nur damit man so eine Grössenordnung bekommt. Es ist noch nicht lange her, vor acht Generationen, vor 205 Jahren sind wir in der Schweiz noch verhungert. Wir hatten damals nur 1,9 Millionen Einwohnern. Heute sind es fünfmal mehr und die Schweiz ist nicht grösser geworden und der Kanton Zürich auch nicht. 10'000 Personen sind damals gestorben.

Wenn irgendetwas Unvorhergesehen passieren sollte, zum Beispiel ein Vulkanausbruch, der das Ereignis von 200 Jahren auslöste, haben wir ein Problem. Denn wir wissen ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)* Ich möchte einfach, dass wir alle genug zu essen haben.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich auch, ich auch, und zwar bald *(Heiterkeit)*.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Mein Vorredner möchte genug zu essen haben und viele haben sich jetzt in Sorge gezeigt um unsere Nahrungsmittel. Ja, dann sorgen wir dafür, dass wir unsere Nahrungsmittel auch effizient produzieren. Wir verschwenden nämlich tausende von Hektaren Ackerland im Kanton Zürich. Es gibt knapp 45'000 Hektaren Fruchtfolgeflächen, davon werden 35'000 Hektaren geackert, da fehlen schon mal 10'000 Hektaren, die gute Nahrungsmittel ergeben würden. Von diesen 35'000 Hektaren verschwenden wir 11'500 Hektaren für Foodwaste, das ist einfach so weg. Das ist Nahrung, die auf dem Feld produziert wird und gar nie in den Mund kommt, 11'500 Hektaren. Nächste Verschwendung: Im Kanton Zürich stehen auch 8000 Pferde herum, Freizeitvergnügen. Diese 8000 Pferde brauchen tausende von Hektaren Nahrungsmittel, einfach verschwendet für uns Menschen. Und schliesslich produzieren wir noch auf 13'500 Hektaren Futtermittel statt direkte Nahrungsmittel für uns Menschen. Das ist auch eine Verschwendung. Da werden nämlich neun Zehntel des möglichen Ertrages in das Tier gesteckt und ein Zehntel kommt noch einmal vom Tier zurück, noch einmal tausende von Hektaren Verschwendung. Und heute sprechen wir über 400 Hektaren, die dringend nötig sind, um unsere Biodiversität zu erhalten, und das ist Ihnen zu viel. Und gleichzeitig verschwenden Sie sogar zehntausende von Hektaren Ackerland. Das geht nicht auf, da sind Sie unehrlich, da führen Sie einen Kampf am falschen Ort.

Harry Robert Brandenberger (SP, Gossau): Geschätzter Erich, geschätzter Paul, eure Voten umweht der Nimbus der Anbauschlacht, des Redit-Mythos. Es ist einfach so heute: Die Selbstversorgung ist ein wichtiger Aspekt, aber wir haben überhaupt keine Selbstversorgung mehr in praktisch keinem Bereich. All die industriellen Maschinen, all die landwirtschaftlichen Systeme, die funktionieren nicht mehr, wenn man die Grenzen hochfährt. Also muss man einfach sehen, das ist ein Wert, auf den wir uns nicht beziehen können. Wenn aber die Vögel und die Frösche und die Insekten und die Amphibien weg sind, dann sind sie weg. Darum behalten wir doch hier ein bisschen das Mass im Auge und opfern wir nicht irgendwie 400, 500 Hektaren für diese Landwirtschaft.

Martin Farner-Brandenberger (FDP, Stammheim) spricht zum zweiten Mal: Kaufen Sie ökologische Produkte, Bioprodukte, Demeter-Produkte aus der Region. Somit unterstützen Sie ebenso die die landwirtschaftlichen Nutzflächen und die Biodiversitätsflächen in unserem Kanton.

Ich unterstütze diese PI aus folgenden Grund auch: Die Drainagen, die wirklich auch wichtig sind für die Fruchtfolgeflächen, werden durch Flurgenosenschaften unterhalten, durch die Landwirte unterhalten und durch die Gemeinde unterhalten und auch zum grössten Teil finanziert. Durch grosse Planungen wird der Unterhalt nicht dem Zufall überlassen, und das ist ein wichtiger Grund auch, dass diese PI unterstützt werden muss. Danke.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) spricht zum zweiten Mal: Ja, es braucht schon noch eine Replik auf die beiden Voten von Herrn Hasler und Herrn Brandenberger. Einfach noch zur Bestätigung, Sie haben recht: 35'000 Hektaren sind offene Ackerfläche. Aber seit wir wieder ökologischer werden, haben wir eben mehr Kunstwiesen in der Fruchtfolge. Im Biolandbau sind zum Beispiel 20 Prozent an Kunstwiese vorgeschrieben, und rechnen Sie: 20 Prozent, da sind wir im Schnitt noch unter diesem Anteil. Einfach so viel: Das ist jedes fünfte Jahr ein Jahr Kunstwiese, und die ist eben auch auf der Ackerfläche; dies noch zu ihrer Berechnung von diesen 35'000 Hektaren. Dann eine zweite Bemerkung zu den Pferden: Sie wissen vermutlich, dass die Pferde Pflanzenfresser sind. Und damit die Pferde keine Kolik machen, müssen sie sehr viel Struktur haben, nämlich genau altes Heu. Und wenn Sie mehr Biodiversitätsflächen wollen, dann brauchen Sie letztlich mehr Pferde, weil die Pferde eigentlich die einzigen Verwerter dieses Biodiversitätsheus sind, denn den Kühen können wir das nicht füttern, die fressen das nämlich gar nicht. Alternativ können wir es noch in die Biogasanlage bringen, aber da geben wir es lieber noch den Pferden.

Der nächste Punkt: Sie haben von den tierischen Produkten gesprochen, die wir essen. Nochmals: Die tierischen Produkte, das entscheiden Sie, wenn Sie einkaufen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir mit dieser PI unsere Grundlage, unsere Grundlage der besten Ackerflächen erhalten wollen. Sägen wir nicht am Ast, auf dem wir sitzen. Geben wir uns Mühe, erhalten wir die Produktionsflächen in der

Schweiz, das ist unser Auftrag, unsere Verantwortung. Noch etwas zur Verwässerung: Frau Agosti, wollen Sie denn tatsächlich mit viel Bewässerung aus Spanien, aus Nordafrika Nahrungsmittel importieren, oder wollen wir die nicht lieber hier produzieren? Ich bin für das Zweite, unterstützen Sie diese PI, herzlichen Dank.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte auch noch eine Replik machen auf den Vorwurf, es sei quasi unseriös. Hier einfach noch die Grundlage, die zu diesen Vorstössen geführt hat: Es war die Antwort auf die Anfrage 83/2022, in welcher der Regierungsrat geschrieben hat: «Es wird befürchtet, dass der Krieg je nach Ausprägung und Dauer zu Hungersnöten in einzelnen besonders verletzlichen Regionen der Welt führen kann. Zudem können hohe Brotpreise auch soziale Unruhen auslösen. Die Weltgemeinschaft ist gefordert, ihre Anstrengung zur Unterstützung betroffener Länder entsprechend zu verstärken, um Hunger zu vermeiden.» Und dann noch die Antwort auf 79/2022: «Die wichtigsten Pfeiler der kantonalen Agrarpolitik sind die Sicherstellung der Produktionsfaktoren Boden, gut ausgebildete Arbeitskräfte und Erhalt der Biodiversität.» Nimmt man diese Punkte ernst, dann ist diese PI sehr gerechtfertigt und geht es um mehr als um Themen wie Foodwaste oder Tierhaltung, die einfach sehr kurzfristig sind. Da wollen Sie belehren, Sie wollen die Gesellschaft belehren, doch hier geht es um die Zukunft und die Enkeltauglichkeit und hier werden wir irgendwann gefragt: Was habt ihr getan, als ihr in der Verantwortung gestanden seid? Und diese Verantwortung, bitte ich Sie, noch vor dem Mittagessen wahrzunehmen und zuzustimmen. Danke vielmals.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ich habe beim ersten und beim zweiten Votum von Martin Hübscher genau zugehört und ich muss sagen: Es ist bemerkenswert, Martin Hübscher hat auch von einem Zielkonflikt zwischen Biodiversität und Ernährungssicherheit gesprochen, und ich glaube, wir alle können das unterschreiben. Es ist ein Zielkonflikt und insofern nehme ich diesen Ausdruck auch als Gesprächsangebot wahr. Denn es ist ja so, alle hier drin – ich bin überzeugt – würden sagen «wir im Kanton Zürich müssen der Biodiversität Sorge tragen» genauso wie alle hier drin sagen würden «ja, die Ernährungssicherheit ist ein wichtiges Element in unserer Gesellschaft, wir müssen schauen, dass unsere Landwirtschaft genau diesen Auftrag ausführen kann», und da spreche ich auch für die Grünen. Wir Grünen sehen sehr wohl das Biodiversitätsproblem wie auch das Ernährungssicherheitsproblem und wir sehen, dass wir hier einen Weg finden müssen, damit beides erfüllt ist. Jetzt haben sich selbstverständlich die Interessenvertreter in dieser Debatte für die einzelnen Positionen stark gemacht, das verstehe ich absolut, Herr Farner, Herr Hübscher und Herr Wäfler, aber auch von den Naturverbänden, das ist liegt in der Natur der Sache. Aber ich denke, in Zukunft müssen wir einfach wieder mehr miteinander reden. Wir müssen schauen, dass wir diese Zielkonflikte lösen können, dass wir sowohl die Biodiversität optimal schützen, genauso wie wir unsere Ernährungssicherheit hier im Kanton Zürich erhalten wollen. Und ich gehe davon aus, dass das nicht das einzige Geschäft ist

in Zukunft, das so behandelt werden muss, sondern mit Klimawandel und zunehmendem Druck sowohl bei der Ernährung wie auch bei der Biodiversität und so weiter müssen wir noch oft miteinander reden und für diese Gesellschaft neue Lösungen suchen.

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Ich habe Marionna Schlatter (*Altkantonsrätin und Nationalrätin*) genau zugehört, als sie in Wülflingen geredet hat, als wir Bauern versammelt waren. Sie hat dort erklärt, dass ihr grosser Biogarten sehr viel zur Biodiversität beiträgt und wie es eben auch Nützlinge fördert. Und so müsste die Landwirtschaft eigentlich sein, dass die Landwirtschaft selbst kein Gegensatz ist zu Biodiversität.

Zu den Drainagen muss ich sagen: Da müsste man auch ein bisschen Respekt haben vor der geleisteten Arbeit von vorangegangenen Generationen. Vieles war damals noch Handarbeit und unsere Vorfahren haben wertvolle fruchtbare Ackerflächen gewonnen.

Wie ihr alle wisst, setze ich mich schon immer für biologische Produktion ein. Diese verträgt sich bestens mit Biodiversität. Auch der Biolandbau braucht dieses Land. Die einen haben jetzt von Demeter geredet, das braucht noch mehr Land. Wir müssen es sinnvoll nutzen, dann ist es eben kein Gegensatz. Was wir aber brauchen, ist auch in Zukunft gentechfreie und möglichst auch pestizidfreie gesunde Lebensmittel. Dieses können Sie irgendwann nicht mehr aus dem Ausland bestellen. Wenn Bill Gates (*US-amerikanischer Unternehmer*) seine Vertical-Farming-Industrie aufgezogen hat, werden noch viel mehr Naturschutzflächen angelegt. Und die Milliardäre werden dann die Bevölkerung füttern wollen und die kriegen dann das, was es zu essen gibt. Es macht also überhaupt keinen Sinn, die Flächen stillzulegen, die Flächen müssen wir sinnvoll nutzen. Und übrigens bezüglich Fruchtfolge: Ich habe alle drei Jahre Kunstwiesen, damit ich fruchtbare Böden habe. Dann gibt es auch schönen Weizen und schönen Mais. Also das wäre eigentlich das Ziel und sicher nicht stilllegen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Thomas Forrer, wir verstehen wahrscheinlich von der Materie etwa gleich viel: Du bist Germanist und ich bin Forensiker. Und ich rede immer mit dir, du hoffentlich auch mit mir. Aber ich habe hier wohl jeden Bauern gehört in diesem Rat, der uns erzählt hat und uns bewiesen hat, wie wichtig diese Initiative ist für die Fruchtfolgefläche. Und ich habe jeden linken Ideologen hier gehört und die Ideologen von den Grünen, welche uns erzählt haben, wieso es noch etwas mehr Blümchenwiesen braucht, aber eben leider werden diese Blümchenwiesen nicht gefressen. Die sind zwar schön, aber sie werden nicht gegessen.

Dann haben wir jedes Jahr eine Stadt Sankt Gallen, die neu in dieses Land zuwandert. Ja bravo, das ist schon gut, aber dann müssten sie diese Leute ernähren können, und das können Sie nicht. Sie können sie nicht ernähren und es ist Ihnen klar und deutlich vom Initianten belegt worden, in was wir hineinlaufen, wenn wir weiter solche rotgrünen Ideologien hier drin vertreten und noch weitere Auflagen machen in diesem Kanton. Es funktioniert nicht. Das sind Hirngespinnste. Und

bitte, schauen Sie sich das an! Im Livestream schaut niemand zu, aber vielleicht kann ja die Presse heute mal was Gescheites schreiben und schreiben, was hier wirklich Sache ist. Es gibt die eine Seite, die will Blümchenwiesen und die will ideologisch arbeiten, und da geht es um mehr Vorgaben und mehr Gesetze und Verordnungen. Und es gibt die andere Seite, die konzentriert sich auf die Ernährungssicherheit und auf unseren schönen Kanton. Ich danke.

Alex Gantner (FDP, Maur): Ich möchte auf den Paragraphen 36b zu sprechen kommen, der neu angedacht ist im PBG, und auch einen Rückblick auf eine Diskussion machen, die in der letzten Legislatur in der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*) stattgefunden hat, damals im Zusammenhang mit dem Budget und auch dem KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) bezüglich eben genau der Drainagensysteme und der Meliorationen im Generellen. Daraus resultierte dann auch ein dringliches Postulat (*KR-Nr. 396/2018*), angeführt von Stefan Schmid und Mitunterzeichnenden. Es gab einen Bericht des Regierungsrates, der gesagt hat «ja, es ist alles irgendwie aufgegleist in dieser ganzen Thematik». Ich glaube, es ist richtig, dass festgestellt worden ist, dass hier legiferiert werden muss, allenfalls im PBG, aber möglicherweise auch noch im Landwirtschaftsgesetz des Kantons Zürich. Es geht vor allem auch um die Drainagen und diese ganzen Systeme. Das sind sehr grosse Investitionen, die bestehen, die eben auch erneuert werden müssen. Das muss finanziert werden, da gibt es sicher Subventionsströme. Aber in der Pflicht sind eigentlich diese Flurgenossenschaften, sind viele private Strukturen. Da sind auch die Gemeinden zum Teil dabei. Und ich glaube, weil es hier um Investitionen im Zeithorizont von 50, 80 oder vielleicht sogar 100 Jahren geht, ist es zwingend nötig, dass diese Thematik nun im Detail angeschaut wird – im PBG und allenfalls auch im Landwirtschaftsgesetz. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 243/2022 stimmen 84 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.